

# VI. Elektronische Demokratie

## *Vorbemerkungen der Herausgeber*

Obwohl das österreichische Parlament – <http://www.parlament.gv.at> – unter einem Domain-Namen im Bereich „government“ zu finden ist, gebieten einerseits die inhaltliche Vielfalt der Parlamentsinformation und die unterschiedlichsten Kommunikationsformen, die verwendet werden, aber auch die Versuche zur Realisierung elektronischer Stimmabgabe als einer der anspruchsvollsten Transaktionsdienste andererseits, diesen Bereich aus dem allgemeinen Begriff „eGovernment“ herauszulösen und gesondert zu betrachten.

Regelmäßige Wahlen der obersten Organe eines Staates durch die Bevölkerung gemäß den Wahlgrundsätzen der Unmittelbarkeit, der Allgemeinheit, der Freiheit und der Gleichheit ergeben sich aus dem demokratischen Prinzip. Soll nun neben der konventionellen Durchführung auch im Internet gewählt werden können, müssen diese Grundsätze bei diesem Vorgang in gleicher Weise gewährleistet sein. In den folgenden Artikeln wird diese Problematik von verschiedenen Gesichtspunkten aus untersucht.

- In seinem Beitrag über die rechtliche Untersuchung von I-Voting zu allgemeinen Vertretungskörpern vor dem Hintergrund des Art 26 B-VG zeigt *Schreiner* die Hindernisse bei einer Subsumtion des I-Voting unter die derzeit geltenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen auf und sieht insbesondere durch das Fehlen des persönlichen Erscheinens vor der Wahlbehörde bei I-Wahlen die Zulässigkeit erst nach verfassungsrechtlichen Vorkehrungen gegeben.
- *Wolff* widmet sich nicht nur der rechtlichen Seite, sondern berücksichtigt in seinem Erfahrungsbericht über den Aufbau eines E-Voting-Systems auch die inhaltlichen Anforderungen an elektronische Wahlsysteme und deren technische Realisierung und erklärt die einzelnen Schritte und Komponenten, die beim elektronischen Wahlvorgang eingesetzt werden.
- Nachdem im Bereich der Hochschülerschaftswahlen in Österreich die rechtliche Grundlage für deren elektronische Durchführung geschaffen wurde, setzt sich *Menzel* mit den technischen Grundlagen auseinander und stellt ein institutionelles Modell der Gewaltentrennung vor, das mittels des Einsatzes blinder elektronischer

scher Signaturen sowohl die vor der Stimmabgabe notwendige Verifikation der Identität des Wahlberechtigten gewährleistet als auch die zum Schutz des Wahlheimnisses notwendige Anonymität während der Stimmabgabe garantiert.

Grundlage jeder Wahlentscheidung ist die ausreichende Information der Wahlberechtigten. Die Parlamente setzten dazu schon frühzeitig (seit Mitte der 90er Jahre) auf die neuen Informations- und Kommunikationsdienste und sind im öffentlich Bereich die Vorreiter der „Internet-Ära“.

*Schefbeck* präsentiert in seinem Beitrag die Ergebnisse einer aktuellen Studie über den Stand der Nutzung des Internets durch die europäischen Parlamente und zeigt die mannigfaltige Verbreitung verschiedenster Inhalte auf deren WWW-Seiten, die weit über ein bloßes zur Verfügungstellen der Dokumente des parlamentarischen Verfahren hinausgeht.

## Literatur

- California Internet Voting Task Force*, (2000), A Report on the Feasibility of Internet Voting, <http://www.ss.ca.gov/executive/ivote/>.
- Cranor, L. F., Cytron, R. K.*, (1997), Sensus: A Security-Conscious Electronic Polling System for the Internet, Proceedings of the Hawai`i International Conference on System Sciences, January 7-10, 1997, Wailea, Hawai`i, USA, <http://www.research.att.com/~lorrie/pubs/hicss/>.
- Forschungsgruppe Internetwahlen der Universität Osnabrück*, (2001), i-vote Wahlsysteme für das 21. Jahrhundert, <http://www.i-vote.de/projekt/index.html>.
- Gellner, W./von Korff, F.* (Hg.), (1998), Demokratie und Internet.
- Internet Policy Institute*, (2001), Report of the National Workshop on Internet Voting: Issues and Research Agenda, <http://www.netvoting.org/Resources/InternetVotingReport.pdf>.
- Kubicek, H., Wind, M.*, (2001), Wie „modernisiere“ ich Wahlen? Der lange Weg vom Pilotprojekt zum Online Voting bei einer Bundestagswahl, <http://polbil.uibk.ac.at/pat/iud/pap/AK3%20Kubicek%20Wind.pdf>, erscheint im Mai 2001 in: Verwaltung & Management – Zeitschrift für die allgemeine Verwaltung.
- Schlifni, M.*, (2000), Electronic Voting Systems and Electronic Democracy; Dissertation an der Technischen Universität Wien.
- Wolff, C.*, (1999), Dokumentation des elektronischen Wahlverfahrens zur GLDV-Wahl. Arbeitsbericht, Universität Leipzig, Institut für Informatik.